

Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der zentralen Gedenkfeier zum Holocaustgedenktag am 27. Januar 2024 in der Antoniterkirche

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Pfarrer Bonhoeffer,
sehr geehrte Frau Wörmann-Adam,
sehr geehrter Herr Sölle,
stellvertretend für die Projektgruppe Frau Franken,
lieber Abraham Lehrer,
liebe Kölnerinnen und Kölner,

aus dem Geschehenen lernen. Niemals vergessen. Niemals wieder. Das sind die Überschriften dessen, was wir Deutschen uns als Anspruch gesetzt haben nach dem Menschheitsverbrechen des Holocausts, das von uns begangen wurde.

Liebe Kölnerinnen und Kölner, ich will die Gelegenheit nutzen, um auf das Schicksal einer Gruppe von Opfern aufmerksam zu machen, die in der Aufarbeitungs- und Gedenkkultur lange vernachlässigt wurden. Ich meine die – in der Sprache der Täter sogenannten – „Berufsverbrecher“ und „Asozialen“.

Die als Berufsverbrecher in Konzentrationslagern Inhaftierten waren oft Kleinkriminelle, die ohne irgendeine weitere Erklärung nach Verbüßen ihrer Haftstrafe in die Lager gebracht wurden.

Ab 1942 wurden sie sämtlich zur Vernichtung durch Arbeit freigegeben. Sie wurden dort gequält und gefoltert, bis zum Tode ausgebeutet.

Bis heute kämpfen die Opfer um Anerkennung. Erst im Jahr 2020 erkannte der Bundestag das an ihnen verübte Unrecht vollumfänglich an. Die Debatte im Bundestag ist zudem ein Lehrstück darüber, welches Stigma den sogenannten Berufsverbrechern bis heute anhängt. Redner von Rechtsaußen verlangten, zwischen den Opfergruppen zu unterscheiden. Lassen Sie uns auch heute ganz deutlich festhalten: Niemand saß zu Recht in einem Konzentrationslager. Jede und jeder, der oder die in einem KZ saß, war Opfer der Willkür des NS-Terrorstaats.

Als „asozial“ galten Menschen, die nicht in die völkische Schablone des Dritten Reichs passten. Sie waren Außenseiter. Wohnungslose, Bettler, Prostituierte oder – Zitat – „nach Zigeunerart umherziehende Personen“ Zitat Ende. Für sie gab es keinen Platz in der Fassade des Nazistaats. Sie sollten aus der Volksgemeinschaft entfernt und vernichtet werden.

Lange waren die sogenannten „Berufsverbrecher“, genauso wie die sogenannten „Asozialen“ von staatlicher Fürsorge und politischer Anerkennung ausgeschlossen. Nach dem Krieg erhielten sie wenig bis keine Unterstützung, sie waren auf sich allein gestellt.

In die Verfolgung der beiden Gruppen waren durchschnittliche Bürgerinnen und Bürger, aber insbesondere auch öffentliche Stellen – auch Stellen der Stadt Köln – tief verstrickt.

Gesundheits- und Fürsorgeeinrichtungen, Nachbarn und Behörden gaben der Gestapo und der Kriminalpolizei regelmäßig Hinweise verbunden mit hasserfüllten und rassistischen Beurteilungen. Wissend, was dies für die Denunzierten bedeutete: KZ lebenslänglich. Den grünen oder schwarzen Winkel tragend arbeiten bis zum Tode.

Der heutige Tag dient dazu, sich gegen das Vergessen zu stemmen. Gegen jede Bewegung hin zu einem Schlussstrich oder gar hin zu einer sogenannten „erinnerungspolitischen Wende“. Das hunderttausende Menschen in den vergangenen Wochen bundesweit gegen Rechtsextremismus auf die Straße gegangen sind, macht mir Mut.

Der Respekt vor den Opfern des Nationalsozialismus, seien Sie Jüdinnen und Juden, Homosexuelle, Sinti und Romnja, Menschen mit Behinderungen, politisch oder religiös Verfolgte oder eben sogenannte „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ gebietet es, dass wir niemals nachlassen beim Wachhalten der Erinnerung und im Kampf gegen Antisemitismus und extremistische Ideologien. Die Verantwortung für das was heute und in der Zukunft geschieht, tragen wir alle.

Auch werden wir auf unsere Gedenkkultur achten müssen, denn das organisierte Gedenken und seine Sprache neigen zur Formelhaftigkeit. Wir müssen die Schicksale der Opfer, ihre Wege und die Orte des Verbrechens nennen. Wir müssen die ideologische Wurzel des Übels im Blick behalten, die schon wieder keimt. Ich danke Ihnen allen für Ihren wichtigen Beitrag dazu.